Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abbezug ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 13. September 1930

# Lateinamerika in Aufruhr.

Inr. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

(Von unserem amerikanischen Korrespondenten.)

SPD. Washington, im September (Eig.Ber.)

Schlechte Zeiten über Lateinamerika. Revolutionäre Meldungen jagen einand mit unheimlicher Geschwindigkeit und bringen der staunenden Welt Kunde vom Glück und Ende von Diktatoren, deren Herrschaft bis gestern noch unantastbar erschien. Über Lateinamerika fegt ein Sturm, über dessen Stärke und künftige Auswirkungen heute nur müssige Ausdeutungsversuche denkbar sind.

Ein Sorgenherd mehr für Washington. Die Bundesregierung folgt den lateinamerikanischen Vorgängen mit stärkster Anteilnahme, in die sich eine reichliche Dosis eigener Besorgnis und kontinentaler Verantwortung mischt. Geht es doch, von der politischen Perspektive des Weissen Hauses gesehen, um mehr als um die blosse öffentliche Ruhe der lateinischen Nachbarrepubliken, auf deren inneres Gleichgewicht die Vereinigten Staaten, die herrschende Macht des amerikanischen Kontinents, jeden erdenklichen Wert legen. Wo fast 6000 Millionen Dollars investiert sind und der Warenaustausch mit diesen Ländern in der amerikanischen Aussenhandelsbilanz eine gewichtige Rolle spielt, haben die Vereinigten Staaten wohl allen Anlass, der Fieberkurve Lateinamerikas mit besorgtem Auge zu folgen. Daneben darf auch nicht übersehen werden, dass Lateinamerika heute das wirtschaftliche Schlachtfeld zwischen den übermächtigen Vereinigten Staaten und Gross-Britannien darstellt, das mit aller Zähigkeit um die Ausdehnung seiner wirtschaftlichen Interessensphaere und die Eroberung der lateinamerikanischen Märkte ringt. Kommt noch die Erwägung hinzu, dass der Kampf gege amerikanischen Imperialismus eine gewisse propagandistische Rolle in jeder revolutionären Erhebung Lateinamerikas spielt und in seiner schlaglichtartigen Beleuchtung einen bequemen Kriegsruf darstellt, unter dem sich alle möglichen politischen Machenschaften und ehrgeizigen Träume lateinamerikanischer Drahtzieher verbergen, so ist die Übersicht vom amerikanischen Standpunkte komplett.

Was aber in den mit den lateinamerikanischen Verhältnissen vertrauten Kreisen Amerikas das grösste Erstaunen ausgelöst hat, ist die unglaubliche Leichtigkeit, mit der vermeintlich festgemauerte Diktatoren über Nacht gestürzt wurden und Männern Platz machten, die bisher unbekannt gewesen waren. Boliviens Präsident gestürzt, Perus Diktator gefangen und unter schwerer Anklage, Argentiniens Idol, Hipolito Irigoyen, in seiner Herrschaft bedroht, Aufstandsmeldungen aus dem brasilianischen Süden, dunkles Grollen in Kuba, ist mehr als man selbst in dem an politische Explosionen Lateinamerikas nachgerade gewöhnten Amerika im Laufe weniger Wochen zu schlucken vermag. Radikale Tendenzen aus Moskau, die bisher als Entschuldigung für jede lateinamerikanische Revolte herhalten mussten, haben diesmal einer anderen Erklärung Platz gemacht, die ihre Kräfte aus rein kapitalistischen Quellen und Bedingungen zieht. Die Revolten der letzten Wochen sind nicht die Bewegungen unzufriedener Massen, nicht die Ausbrüche von breiten Volksschichten, die nach wirtschaftlicher und politischer Bewegungsfreiheit trachten und an die Stelle autokratischer Regierungen

die Demokratie setzen wollen. Sie sind das Werk von kleinen Kreisen, deren Bemühungen darauf gerichtet sind, sich unter diesen oder jenen Vorwänden an die Stelle der alteingesessenen Diktaturen zu setzen.

In Peru wuchs die Unzufriedenheit gegen die Regierung unmittelbar aus dem wirtschaftlichen Boden und wurde durch die Unzufriedenheit über den wachsenden amerikanischen Einfluss unmittelbar gesteigert. Kein Zweifel, Präsident Leguia war ein moderner Mann, der seinem Lande die moderne Entwicklung Nordamerikas und Europas zu geben trachtete. Er vergass nur, dass die peruanische Nation weder geistig auf eine derartige Modernisierung vorbereitet war noch sich mit ihr praktisch auseinander zu setzen wusste. Er vergass weiter, dass die Massen nachdem der erste Enthusiasmus über moderne Landstrassen und technische Vervollkommnungen verrauscht war, von diesen Danaergeschenken nicht viel wissen wollten und sie nur mit stillem Murren ertrugen. Mit fehlendem Verständnis und wachsenden Steuerlasten, mit leeren Staatskassen und einer ausserordentlich fühlbaren Wirtschaftsdepression war dem Sturze Leguias der Weg geebnet. Wie schnell auch da der Fall nach elf Jahren eines autokratisch durchgeführten Regimes vor sich ging, ist charakteristisch für die Hassgefühle, die sich gegen Leguia aufgespeichert hatten. Wie weit die neue Militärherrschaft unter dem "Befreier" Sanchez Cerro, einem übrigens vorbildlichen und furchtlosen peruanischen Berufsoffizier, ihre Versprechungen der Moralisierung der Staatsmaschine einlösen wird, muss die Zeit lehren. Bisherige Erfahrungen haben bewiesen, dass an die Stelle unmoralischer Verwaltungen nicht ohne weiteres zuverlässigere Organisationen zu treten pflegen. Gewöhnlich gleichen sich die Verwaltungsmaschinen, wenn revolutionäre Auseinandersetzungen auf die herrschenden Klassen beschränkt bleiben, wie ein Ei dem anderen.

In Argentinien ist Präsident Irigoyen ebenfalls nicht zuletzt unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise gestürzt. Seine Anhänger wandten sich mehr und mehr gegen ihn, weil ihren berechtigten oder vermeintlichen Ansprüchen auf fette Regierungspfründe nicht Folge geleistet wurde. Hinzu kam neben der Wirtschaftsdepression ein Verhalten des Präsidenten, das die Gefühle der Nation zur Siedehitze aufpeitschte. Irigoyen ist ein Autokrat, wie er im Buche steht, ein Mann, der weder sein Kabinett mitregieren liess, noch irgend einer anderen Stelle ein Einspruchsrecht in seine Beschlüsse einräumte. Das Festlaufen der Verwaltungsmaschinerie war keine Seltenheit, weil dieser ehemalige Schulmeister alles allein machen wollte und allzuhäufig sogar so weit ging, jede Geldanweisung der Regierung, bis zu den kleinsten Beträgen, selbst gegenzeichnen zu wollen. Streitigkeiten mit dem Bundeskongress waren an der Tagesordnung, zahlreiche Regierungs- und Diplomatenposten unbesetzt, weil Irigoyen es so haben wollte. Ungerechtfertigte Einmischungen in die Geschäfte der selbständigen Provinzialregierungen und häufige Verletzungen der geheiligten Gefühle der Armee trugen ihren Teil dazu bei, die Spannung zu verschärfen. Irigoyen, einst das Idol der argentinischen Massen, liess schliesslich Maschinengewehre vor dem Regierungspalaste auffahren und musste mit den Generalen schön tun, um seine Herrschaft und seine Person wenigstens einigermassen sicher zu stellen. Heute ist er nicht mehr.

So sieht es überall aus, im brasilianischen Süden, wo der revolutionäre Kessel mit Regelmässigkeit überkocht, in Chile, wo die Herrschaft auf den Spitzen der Bayonette ruht, in Kuba, wo Machado seinem Hasse gegen die organisierte Arbeiterschaft mit Mord und Totschlag Ausdruck verleiht. Amerika, das mit seinen eigenen Wirtschaftsproblemen zu tun hat, sieht die Flammenzeichen und ist darauf vorbereitet, den Dingen in Lateinamerika ihren eigenen Lauf zu lassen. Das natürlich nur, so weit die geheiligten Rechte des amerikanischen Kapitals und seiner Vertreter nicht angetastet werden und Umstürze nicht ausdrücklich den wohlverstandenen Interessen der Vereinigten Staaten zuwiderlaufen. Was kümmert es Washington, mit wem regiert zu werden braucht, solange die Substanz der Länder Lateinamerikas unberührt bleibt und die Vereinigten Staaten im Besitze ihrer wohlerworbenen Rechte sind!

---

SPD. Köln, 13.September (Eig.Drahtb.)

Der Standartenführer der Reihenstaffel der Nationalsozialisten hat dieser Tage einen Standartenbefehl herausgegeben, in dem es u.a. heisst :

"Die Organisation der Flugblattverteilung ist in den meisten Staffeln einhundsgemeine. Es genügt nicht, dass man als SAF sich wie ein Siegfried vor die Kolonne stellt, sondern man muss die Organisation eines Sturmes durchführen können. Strohpuppen kann unser Führer A. Hitler in seinen Reihen nicht brauchen. In den letzten Tagen strömen eine ganze Reihe Elemente in unsere SA hinein, die absolut für den SA-Dienst untauglich sind. Es ist daher erforderlich, bei Aufnahmen in die SA grösste Vorsicht walten zu lassen. Elemente, die sich der von uns verlangten Disziplin nicht unterordnen können, sind mir schriftlich zu melden und sofort aus der SA auszuschliessen."

---

SPD. Frankfurt/M., 13.Sept. (Eig.Drahtb.

In Hanau, wo besonders scharfe Gegensätze zwischen Rechts- und Linksradikalen bestehen, spielte sich in der Nacht zum Sonnabend vor der Geschäftsstelle der Nationalsozialisten eine wüste Schlägerei ab. Sechs Personen wurden durch Messerstiche schwer verletzt.

---

SPD. Euskirchen, 13.Sept. (Eig.Drahtb.)

In Stotzheim bei Euskirchen kam es nach einer Versammlung zu einer wüsten Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Die Kommunisten waren in grosser Übermacht. Sieben Personen wurden schwer verletzt.

---

SPD. Paris, 13.September (Eig.Drahtb.)

Am Sonnabend ist in Paris nach langen und geheimnisvollen Verhandlungen der Pachtvertrag für das neue "Haus der Sowjets in Frankreich" auf die Dauer von 9 Jahren abgeschlossen worden. Das Haus, das Einzelzimmer und kleine Appartements enthält, befindet sich in der südwestlichen Ecke von Paris an der Port Saint Cloud. Die Miete beträgt 2500 Francs pro Jahr und Raum.

Den Anstoss zur Schaffung von Eigenheimen für Sowjetbeamte gaben die noch unvergessenen äusserst peinlichen Zwischenfälle mit Funktionären, die nach Moskau zurückgerufen wurden, diesem Ruf jedoch offenen Widerstand leisteten. Durch die gemeinsame Unterbringung der Angestellten will man nun vor allem den "schädlichen Kontakt" der Leute mit der französischen Bourgeoisie abschnüren, zugleich aber weitgehende Möglichkeiten der Beaufsichtigung schaffen. Diese Absicht geht schon daraus hervor, dass die Pariser Sowjetbank offiziell und automatisch mit der Liquidierung der Angelegenheiten jener Funktionäre betraut ist, die von Moskau ihre Abberufung erhalten haben.

Zugleich wird bekannt, dass die Reinigungsaktion in der Sowjetrussischen Handelsgesellschaft in aller Stille weitergeht. Sämtliche Beamten, die bereits 5 Jahre im Ausland tätig sind, wurden nach Moskau zurückberufen. Von den Pariser Funktionären bleibt nur der Kassierer Krassinsky auf seinem Posten.

---

SPD. New York, im September (Eig.Ber.)

Aller offizielle Optimismus, alle wohlriechenden Beruhigungspillen der amerikanischen Handelskammern und ihrer angeblichen Wirtschaftsexperten können die Nebelwolke nicht zerstreuen, die sich über die amerikanische Wirtschaft gesenkt hat. Um Prosperität und das vermeintliche Musterbeispiel amerikanischer Wirtschaftsmethoden für die übrige Welt ist es merkwürdig still geworden. Aussen-

handel und Produktion zeigen steil abfallende Kurven. Unternehmer, die an Krisen nicht gewöhnt sind, wirtschaftliche Rückschläge nur dem Namen nach kennen und mit verächtlichem Achselzucken allzuleicht dazu neigten, die ehernen Gesetze der Wirtschaft für Amerika, "God's own country", nicht gelten zu lassen, müssen sich heute mit grundlegend veränderten Verhältnissen abfinden und zusehen, wie sie Soll und Haben in Ordnung halten. Wie überall, bedecken Millionen von Arbeitern, stets und ständig die unmittelbar Leidtragenden einer wildgewordenen Gesellschaftsordnung, das amerikanische Schlachtfeld.

Im Vordergrunde aller Erwägungen steht angesichts der Tatsache, dass die Arbeitskrise im Sommer nicht nur kein Nachlassen, sondern ein deutliches Anschwellen zu verzeichnen hatte, die bange Frage, was eigentlich im Winter werden soll. Die mit weltweiter Propaganda angekündigten Notstandsprogramme und öffentlichen Arbeiten sind wie alles, was im Kessel Hooverscher Politik gekocht wurde, schöne Worte und leere Versprechungen geblieben. Was die Wirtschaftskrise im Lande bisher an Arbeitslosigkeit gekostet hat, ist umstritten, aber die Ziffer von fünf Millionen Arbeitslosen wird wohl von niemandem, der ernst genommen werden will, angezweifelt. Die Opfer, die der Winter gemeinsam mit der Untätigkeit der Bundesbehörden und einer geradezu verbrecherischen amtlichen Rosstäuscherei fordern wird, sind nicht der Sache, nur dem Umfange nach strittig.

Trotzdem ist es irreführend, alles, was heute unter der Marke amerikanische Wirtschaftskrise geht, ohne weiteres der überall fühlbaren Krise der Weltwirtschaft in die Schuhe zu schieben. Die Erschütterungen der Weltwirtschaft haben hier wie anderswo ihre Tribute gefordert, die durch die unerhörten Fortschritte auf maschinentechnischem Gebiete eine deutliche Vertiefung erfahren haben. Aber das alles schafft die Tatsache nicht aus der Welt, dass die amerikanische Arbeitslosigkeit in ihrer gegenwärtigen Form zu einem beträchtlichen Teile der bewusst arbeiterfeindlichen Politik eines grossen Teiles des amerikanischen Unternehmertums zu verdanken ist. Diese Taktiken haben nicht nur für die unmittelbar betroffene Arbeiterschaft die denkbar kritischsten Folgen gehabt, sondern auch in dem fortschrittlicheren Unternehmertum Amerikas, das Beschäftigungsstand und Lohnniveau möglichst aufrecht zu erhalten wünschte, Auswirkungen gezeitigt, deren Folgen gerade im Licht der kommenden Winterkatastrophe nicht unterschätzt werden dürfen.

Diese Offensive gegen den amerikanischen Arbeiter ist vom ersten Tage der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Amerikas an sichtbar gewesen. Inzwischen hat aber die Lage eine derartige Verschärfung erfahren, dass die Bundesregierung es nicht mehr verantworten zu können glaubte, den bisher vorsichtig geschlossenen Mund auch weiterhin zu halten. Sie hat den Zeitpunkt für gekommen erachtet, durch die zuständigen Stellen einen Warnungsruf zu erheben, der zwar bei der übermächtigen Stellung der amerikanischen Wirtschaftskapitäne nicht überschätzt werden darf, aber bei aller gebotenen Reserve ein ausgezeichnetes Bild der Szene hinter den Kulissen gibt.

Der Bundes-Arbeitssekretär Davis legte den Finger in die Wunde, als er in einem überaus bemerkenswerten Interview auf die aktenmässige Tatsache verwies, dass eine Tagesarbeit von zwölf Stunden in Teilen der Union heute noch gang und gäbe sei und auch die siebentägige Arbeitswoche keine Seltenheit darstelle. Besonders eindringlich sind diese Zustände im Süden sichtbar, das sich bis in unsere Tage hinein den verdienten Ruf eines Sklavenreviers zu erhalten gewusst hat. So arbeiten nach den Regierungsstatistiken nur 28 % der Arbeiterschaft der Eisen- und Stahl-Industrie von Birmingham. Alabama, acht Stunden pro Tag, während für 42 % der zehnstündige Arbeitstag und für 27 % gar der zwölfstündige Arbeitstag die Vorschrift sind. 45 % der Arbeiter arbeiten sechs Tage pro Woche, 32 % je eine Sechstagewoche mit zwei siebentägigen Arbeitswochen abwechselnd, und 22 % die regelmässige Siebentage-Woche. Dabei ist hervorzuheben, dass die Eisenindustrien im Süden von sehr grosser Bedeutung sind und viele Tausende von Arbeitern beschäftigen.

Die Bundesregierung hat mit Recht betont, was eine 48stündige Arbeitswoche

in den Schwerindustrien für den Abbau der Arbeitslosigkeit und die Stärkung der allgemeinen Kaufkraft bedeuten würde. Aber auch hier ist es bei schönen Gesten geblieben, denen in den fraglichen Industriellenkreisen nur geringe Beachtung geschenkt wird, da man ja genau weiss, dass sich die Energie der Bundesregierung in solchen Fragen nur in öffentlichen Erklärungen erschöpft. Was für den einen Industriedistrikt gilt, ist mehr oder weniger für den ganzen Süden wahr und findet selbst im vorgeschrittenen Landesnorden nur zu häufig Nachahmung. Die Zustände sind bei der wachsenden Zustimmung, die derartige Taktiken in Verbindung mit Lohnkürzungen in Unternehmerkreisen finden, so weit gediehen, dass sich einige führende Schwerindustrielle zu Worte gemeldet haben und gegen diese Unternehmerpolitik aufgetreten sind, die sich konsequenterweise eines Tages gegen die Industrien selbst wenden muss. Es bedurfte nicht erst einer Artikelserie zwölf führender Eisenindustrieller in einer führenden Zeitschrift, um nachzuweisen, dass eine derartige Arbeits- und Lohnpolitik ein zweischneidiges Schwert für die Unternehmer ist und letzten Endes nur dazu führt, den Absatzkreis ihrer Warenerzeugnisse bei verringerter Käufkraft der Massen zu verringern. Das Bedauerliche ist dabei nur, dass den zahlreichen mittleren und kleinen Industriellen diese fundamentale Wahrheit noch nicht aufgegangen ist und dem Arbeiter die Rolle zufällt, die Lektion seiner Arbeitgeber mit seiner eigenen Haut zu bezahlen.

---

SPD. Warschau, 13.September (Eig.Dr.)

In einem Interview mit Vertretern der Regierungspresse versucht Pilsudski die Verhaftung der Oppositionsführer zu rechtfertigen. Er stellt das Vorgehen gegen die bisherigen Abgeordneten als juristisch korrekt hin und erklärt, dass alle nur wegen ihrer Straftaten streng nach dem geltenden Recht behandelt würden. Dabei hält er sich besonders an diejenigen Verhafteten, denen von den Anklagebehörden Eigentumsvergehen vorgeworfen werden. Dazu gehört jedoch kein Sozialist. Wie der Marschall meint, sind bisher aber keineswegs alle Schuldigen betroffen worden. Eigentlich hätte jeder 5. oder 10.Abgeordnete verhaftet werden müssen. Schliesslich erklärt Pilsudski, dass er eine gewählte verantwortliche Volksvertretung für unentbehrlich halte. Der Parlamentarismus sei zurzeit aber krank und müsse durch scharfe Massnahmen zur Gesundung geführt werden.

Das peinliche Auslandsecho und die Erregung der Arbeiter- und Bauernmassen im Lande lassen dem Marschall also bereits ein gewisses Einlenken ratsam erscheinen.

---

SPD. Paris, 13.September (Eig.Drahtb.)

Am 23.Januar 1931 werden in einer ganzen Anzahl von Ländern gleichzeitig die Memoiren von Foch erscheinen. Die Verhandlungen mit dem amerikanischen Verleger sind in diesen Tagen in Paris zum Abschluss gekommen.

Mit grosser Spannung werden Fochs Memoiren begreiflicherweise in London erwartet, da grosse Abschnitte des Buches den unerquicklichen Auseinandersetzungen des französischen Marschalls mit den englischen Befehlshabern General Pershing und Feldmarschall Haig während des Weltkrieges gewidmet sind. Die englische Übersetzung besorgte der einstige Militärattaché an der amerikanischen Botschaft in Paris Oberst T. Bentley Mott.

---

# Aus aller Welt

## Der "Zählabend" der Republik.

Das Hauptquartier der Wahlschlacht – Dreifache Weiterleitung der Ergebnisse. Die Arbeit beginnt!

SPD. Die Schlacht ist geschlagen, der aufregende Tag, die aufregende Nacht vorüber. Millionen Ohren hingen seit gestern abend gespannt an den Lautsprechern der Radioapparate, Millionen Augen blickten erregt auf die Bekanntgabe der Wahlergebnisse in Druck oder Leuchtschrift, und zu Millionen riss sich die Bevölkerung um die Sonderausgaben der Zeitungen, um immer wieder die neuesten und allerneuesten Ziffern des Kampfergebnisses zu erfahren. Die arbeitende Bevölkerung versammelte sich in grossen Scharen vor den Verlagsgebäuden der sozialdemokratischen Zeitungen und in den Riesensälen der überfüllten Gewerkschaftshäuser. Immer neue Zahlen fluteten an. Erst nach Mitternacht als das ungefähre Wahlergebnis bekannt oder doch wenigstens mit grösserer Sicherheit abschätzbar war, fanden die Menschen langsam heim.

### Rundfunk, Fernsprecher und Telegraph.

Wer hat sich wohl Gedanken darüber gemacht, wie es möglich war, die vielen Millionen Stimmen, die am gestrigen Tage abgegeben worden sind, so aussergewöhnlich rasch zu zählen? Wer weiss, dass nicht weniger als etwa 500 000 Personen im Dienste der Wahl standen? In 68 000 Wahllokalen wirkten je sechs wahlamtliche Personen (ein Vorsitzender, ein Schriftführer und vier Beisitzer) Sie alle sind am Wahlabend mit der Zählung der abgegebenen Stimmen und ihrer Sortierung mehr oder minder direkt beschäftigt gewesen. Sofort nach beendeter Zählung sind die Ergebnisse den Bezirksstellen mitgeteilt worden, von hier aus den Magistraten bezw. Landratsämtern. Die Stadtverwaltungen und Landkreise leiteten die von ihnen gesammelten Ergebnisse auf schnellstem Wege den 35 Wahlkreisleitern im Reiche zu, die ihrerseits die erhaltenen Ziffern telefonisch und telegrafisch an den Reichswahlausschuss meldeten.

Die Ziffern die schon von den frühen Abendstunden an dem Publikum durch Rundfunk und Presse bekannt gegeben worden sind, nahmen nur anfangs den offiziellen Weg, wurden aber dann von allen grösseren Orten aus durch die grossen Telegraphenbüros, sowie durch den im "Sozialdemokratischen Pressedienst" zentralisierten Nachrichtendienst der Sozialdemokratischen Partei zur Kenntnis der Oeffentlichkeit gebracht.

### Der Reichswahlausschuss bei der Arbeit.

Die Tätigkeit des Reichswahlausschusses hat, wie jeder weiss, schon lange vor der Wahl begonnen. Ihm oblag die Entgegennahme der Wahlvorschläge der Parteien und ihre Bekanntgabe. Namen, Beruf, Wohnort und Parteizugehörigkeit von rund 5 000 Kandidaten zu prüfen, ist gar keine Kleinigkeit gewesen. Sonst hat der Reichswahlausschuss mit der direkten Vorbereitung der Wahl nichts zu tun gehabt – zur Enttäuschung der zahllosen Unverbesserlichen, die ebenso zahllose Zuschriften an den Papierkorb des Reichswahlleiters richteten; Zuschriften, in denen sich Lokalinhaber mit Räumen für Wahllokale oder gar Wahlversammlungen empfahlen; Briefe, in denen sich Papierfabriken und Druckereien in Erinnerung brachten; Selbstanpreisungen von Werberednern und "Organisatoren"; endlich auch Angebote von Leuten, die sich selbst für geeignete Reichstagskandidaten halten und sich deshalb für die Lenkung der Reichsgeschicke empfahlen.

## Eine Depesche für jeden Gewählten.

Der Reichswahlausschuss bekam sein Material telefonisch, telegrafisch und schliesslich nach nochmaliger Durchprüfung im Eilbrief. Etwaige Fehler bei der Uebermittlung, die sich natürlich nie ganz vermeiden lassen, werden durch die dreifache Form der Meldung am schnellsten entdeckt. Die Wahlkreisleiter haben nicht nur die Zahl der abgegebenen Stimmen, sondern auch Zahl und Namen der im Wahlkreise gewählten Abgeordneten mitgeteilt. Ausserdem haben diese Gewählten von den Kreisleitern auch ein benachrichtigendes Telegramm bekommen. Die Benachrichtigung der auf der Reichsliste gewählten Abgeordneten dagegen geschieht durch den Reichswahlleiter, nachdem er die Beststimmen auf den Wahlkreisen berechnet hat. Wer in mehreren Wahlkreisen gewählt worden ist, muss erklären, welche Wahl er annimmt, da sonst eine Wahl an allen Stellen ungültig ist.

## Morgen genaue Gewissheit.

Das vorläufige amtliche Wahlergebnis steht voraussichtlich am morgigen Dienstag endgültig fest. Aber dann ist die grosse Arbeit noch nicht beendet. Das ungeheure Material wird nun noch dem Wahlprüfungsgericht vorgelegt, das sich mit der Nachprüfung vielleicht noch wochenlang zu befassen hat. So sind bei der letzten Reichstagswahl mehrere Hunderttausend zweifelhafter Stimmen nachgeprüft worden, von denen über 20 000 erst nachträglich für gültig erklärt werden konnten.

Nun aber beginnt die Arbeit der Gewählten. Die Kandidaten der Liste I, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei, wissen, was sie denen, die ihnen ihr Vertrauen schenkten, schuldig sind: Ausbau der Republik um wahrhaft sozialen Volksstaat.

\+ + +

## Der doppelte Blümlein.

Der Agent als Opfer eines Vorortblättchens – Der falsche Kinderschänder – Apotheker Zipper, ein Mann von Grundsätzen – Ausklang mit Ueberfallkommando.

SPD Der Agent Theodor Blümlein wurde vom Schöffengericht Berlin-Moabit wegen tätlicher Beleidigung und nächtlicher Ruhestörung zu 14 Tagen Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt

Das hätte sich der in Ehren grau gewordene Agent Theodor Blümlein wohl auch nicht träumen lassen, dass er dereinst nach einem durchaus unbescholtenen Leben an der Schwelle des Alters vor dem Richter wegen handgreiflicher Entgleisungen seinen lieben Mitmenschen gegenüber Rechenschaft ablegen müsse. Herr Blümlein sieht bestimmt nicht so aus, wie sich die Laien gewalttätige Menschen im allgemeinen vorzustellen pflegen. Herr Blümlein ist ein kleiner freundlich blinzelnder Herr mit rundlichen Bewegungen, gut manikürten Händen und garantiert goldenen Brillengläsern, die ihm einen höchst seriösen Anstrich geben. Aber der freundliche Schein trügt. Herr Blümlein ist tatsächlich gewalttätig geworden und zwar derart gewalttätig, dass ein ganzes Ueberfallkommando zur Besänftigung des rasenden Roland herbeizitiert werden musste.

An der ganzen Sache ist natürlich nur die Presse schuld. Da erschien nämlich in einem winzigen Vorortblatt, das sich weitester Unbekanntheit erfreut, eine Notiz, dass ein gewisser Theodor Blümlein, seines Zeichens Agent, wegen vielfacher Einbruchsdiebstähle und dreifacher Kinderschändung mit insgesamt 12 Jahren Zuchthaus vorbestraft, sich im Westen der Stadt umhertreibe, in Luxuslokalen riesige Zechen mache und kurz vor der Krise der Bezahlung stets auf unnachahmlich geschickte Weise verschwände. Das winzige Vorortblatt warnte das pp. Publikum dringend vor dem abgefeimten Gauner und ersuchte jedermann, das Individuum bei etwaigem Auftauchen sofort dem nächsten Polizeibeamten zu

übergeben. Eine boshafte Hand hatte die Schauermär und das winzige Vorortblatt an des anderen Theodor Blümlein Stammtisch expediert und der Aufruhr über die sensationelle Entdeckung war sehr gross gewesen. Die guten Freunde des Agenten Blümlein waren sogleich fest davon überzeugt, dass ihr Stammtischkollege mit der mit insgesamt 12 Jahren Zuchthaus vorbestraften Kinderschänder des besagten Vorortblattes durchaus identisch sei und sie beschlossen aus diesem unglaublichen Skandal sofort die krassesten Konsequenzen zu ziehen. Und als Herr Blümlein zur gewohnten Spätabendstunde in seinem Stammlokal erschien, begrüsste ihn eine Mauer eisigen Schweigens, die ihn immerhin in einige Verwunderung versetzte. Als der Agent, leise befremdet, auf den Apotheker Zipper, den Senior des Stammtisches, zuging, um ihm in alter Freundschaft die Männerhand zu schütteln, steckte der honorige Apotheker die Hände brüsk in die Hosentaschen und sagte mit schnarrender Stimme, wobei eine Welle unsäglicher Verachtung über sein braves Bürgergesicht zog: "Mit so einem Kerl möchte ich als anständige Deutscher nichts zu tun haben! Schämen Sie sich denn überhaupt nicht, uns gediegener Bürgern mit einer derart schmutzigen Vergangenheit unter die Augen zu treten?"

Herr Blümlein wurde sehr rot, schnappte einige Male hörbar nach Luft wie ein Schellfisch, den man aufs Trockne gesetzt hat und sagte dann mit etwas gurgelnder Stimme: "Aber lieber Zipper, sind Sie denn schon so besoffen? Wir haben doch erst ½1 Uhr?" Worauf sich der Hauptmann der Landwehr völlig a.D., Herr Wimmer, erhob und dem Apotheker assistierte: "Herr Zipper hat natürlich völlig recht. Einen Burschen wie Sie sollte man mit einem nassen Handtuch stückweise totschlagen. Wenn Sie noch ein Wort zu sagen wagen, holen wir die Polizei. Ueberhaupt, haben wir nötig, uns mit einem Zuchthäusler im gleichen Raum aufzuhalten?!" Und nun geschah etwas Entsetzliches. Herr Blümlein, der sonst so freundliche Mann fuhr, vom Blitz der Empörung getroffen, gänzlich aus seiner gemässigten Bürgerhaut. In Sekundenschnelle wurde aus dem braven Mann, dem die bürgerliche Wahlanständigkeit tief in die Seele gemeisselt war, ein rasender Amokläufer, der alles zerschmetterte, was ihm entgegenkam. Eine Flut schrecklicher Verwünschungen ausstossend, stürzt sich Blümlein auf den Apotheker und bearbeitete ihn wie rasend mit Faustschlägen, worauf sich der gesamte Stammtisch in ein wildes Tohuwabohu auflöste. Man schrie und prügelte wild durcheinander, sämtliche durch langjährige Tradition geheiligten Bierkrüge der honorigen Herren gingen in die Brüche und der Lärm war so gewaltig, dass der entsetzte Wirt, von panischem Schrecken ergriffen, zum Telefon eilte, um das Ueberfallkommando herbeizurufen. Das traf, Sturmriemen unterm Kinn, nach fünf Minuten auf dem Schlachtfeld ein, wo sich den kummergewohnten Auge ein Bild von geradezu martialischer Wildheit bot. In gänzlich zerrissenem Anzug stand der Agent Theodor Blümlein wie ein Held der antiken Sage, den Bierkrug in der einen, ein Stuhlbein in der anderen Hand und wehrte, von Zeit zu Zeit markerschütternde Schreie ausstossend, seine Gegner in kriegerischer Besessenheit so stürmisch ab, dass sich mehrere bereits heftig blutend und völlig kampfunfähig am Boden niedergelassen hatten. Nun griff das Ueberfallkommando herzhaft zu, aber es bereitete selbst den trainierten Tschakomännern grösste Schwierigkeit, des kleinen gemütlichen Mannes, der zurzeit garnicht mehr gemütlich war, Herr zu werden. Schliesslich umgürteten sie ihn mit einer Zwangsjacke und trugen ihn wie ein Paket auf ihr Auto, mit dem er dann dem Polizeirevier zugeführt wurde.

Der Stammtisch hat sich inzwischen aufgelöst, die honorigen Herren kennen einander nicht mehr. Vor Gericht treffen sie noch einmal zusammen aber kein Blick fällt aus dem Auge des Apothekers Zipper auf Herrn Blümlein, den Herrn mit der garantiert goldenen Brille. Und als Herr Blümlein, sichtlich gebrochen durch den harten Spruch, den Saal nun als Vorbestrafter verlässt, fühlt man die ganze Tragik seiner zusammengebrochenen Stammtischillusion, als er sich mit dem Taschentuch diskret über die Augen fährt. Aber das alles wegen einer falschen Notiz in einem winzigen Vorortblättchen...!

\+ + +

Streit um 1914. Der Filmregisseur Richard Oswald, dem der ausgezeichnete "Dreyfus" zu verdanken ist, teilt mit, dass er die Absicht habe, Emil Ludwigs Buch "Juli 14" zu verfilmen. Darauf antwortet die Erdeka Film G.m.b.H. Berlin, dass Emil Ludwig schon einen entsprechenden Vorvertrag mit ihrem Regisseur Ernst Angel abgeschlossen habe. Emil Ludwig selbst nahm noch nicht zu dieser Filmfrage Stellung, wehrte sich aber aufs entschiedenste gegen den Vorwurf, der Autor des den Kriegsausbruch behandelnden Stückes "1914" zu sein, das augenblicklich im Deutschen Theater in Berlin aufgeführt wird. Als Verfasser dieses Schauspiels zeichnet ein Mann namens Müller, und man vermutete, dass sich hinter diesem Pseudonym Emil Ludwig verberge. Emil Ludwig erklärt im Hinblick auf die ihm zweifelhafte Qualität des Stückes, dass er am liebsten den wegen Beleidigung verklagen möchte, der dieser Vermutung noch einmal Ausdruck zu verleihen wage.

+ + +

Ungetreuer Jugendamtsleiter. In Gelsenkirchen wurde der Leiter des Städtischen Jugendamtes Direktor Klenke unter dem Verdacht der Unterschlagung von Mündelgeldern in Höhe von mehreren 1000 Mark vorläufig vom Amte suspendiert.

+ + +

Jagd nach einem Hoteldieb. Durch den Verrat einer Frau wurde in einem Hotel in Elberfeld der internationale Hotel= und D=Zug=Dieb André Ivanzo ermittelt. Eine Verhaftung im Hotel misslang, ebenso die Festnahme auf dem Bahnhof. Ivanzo konnte den D=Zug nach Düsseldorf erreichen, sprang aber, da er merkte, dass er verfolgt wurde, kurz vor Düsseldorf aus dem Zuge. Trotzdem gelang es der Düsseldorfer Polizei Invanzo am nächsten Morgen festzunehmen; er wurde ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Hier brach Ivanzo wieder aus und entkam spurlos...

+ + +

Amerika doppelt entdeckt? Nach einem Vortrag des spanischen Gelehrten Ulloa auf dem zurzeit in Hamburg tagenden Amerikanisten=Kongress soll es feststehen, dass Columbus schon vor der eigentlichen Entdeckung Amerikas den Seeweg nach der neuen Welt gefunden habe. Columbus, der selbst catalonischer Seeräuber war, soll dänische Korsaren über Irland, Grönland, Labrador und Neufundland bis nach Florida begleitet haben. Für die genuesische Herkunft des Columbus soll es keinerlei ernsthaften Beweis geben.

+ + +

Zunahme der Diphterie=Erkrankungen. Die Zahl der Diphterie=Erkrankungen in Berlin=Neukölln nimmt in erschreckendem Masse zu. Seit August wurden allein 27 Schulkinder von der Epidemie befallen. Es sind auch schon drei Todesfalle zu beklagen. Die Zahl der geschlossenen Schulen beläuft sich bereits auf sechs Der Bakterienherd ist auf Grund der bisherigen ärztlichen Feststellungen ausserhalb der Schulen zu suchen.

+ + +

Wie man Franklin fand. Die von der Burwash=Expedition nach 83 Jahren aufgefundenen Reste der Franklin=Expedition brachte die Lösung des letzten noch ungeklärten Arktismysteriums. Viele der aufgefundenen Skelette, die auf dem einsamen King Williams Land entdeckt wurden, wiesen Spuren von Skorbut, aber auch Spuren des Hungertodes auf. Die Franklin=Leute, hatten sich selbst Gräber errichtet, die sie durch Steine stützten. Diese Gräber sind später von Eskimos geöffnet und um Kleidungsstücke usw. beraubt worden. Irgendwelche Aufzeichnungen fanden sich nicht, dafür aber die Ueberreste eines kleinen Schiffes.

+ + +

Diebe im Juwelenladen. In ein Goldwarengeschäft am Barbarossa Platz in Köln drangen Einbrecher durch die Wand eines Nachbarladens und raubten für etwa 15 000 Mark Uhren und Schmuck. Die Täter sind unerkannt entkommen.

---

Gewerkschaftliche Rundschau

## Wer verteuert die Wohnungen?

### Lohnkosten und Baustoffpreise.

SPD. Alles klagt über die hohe Last der Wohnungskosten, der Arbeiter wie der Unternehmer. Der Unternehmer erklärt, der Arbeiter verwohne zu viel von seinem Lohn, die Wohnungen der breiten Masse seien in Deutschland zu teuer, weil sie zu luxuriös ausgestattet seien. Der Arbeiter traut seinen Ohren nicht wenn er hört, dass er im Wohnungsluxus schwelgt; denn die "paradiesischen" Neubauwohnungen kann er mit seinem Lohn ja garnicht bezahlen, und deshalb hat der Reichsarbeitsminister Stegerwald bei seinem zusätzlichen Wohnungsbauprogramm, das im Laufe des Herbst durchgeführt werden soll, gefordert, dass die zu erstellenden Wohnungen unbedingt billiger und dem Einkommen der Arbeiter an gepasst werden müssten. Bei den Verhandlungen über die Senkung der Baukosten ist aber, wie zu erwarten war, nichts herausgekommen. Das Ministerium nahm daher seine Zuflucht zu einer sehr scharfen Verkleinerung der Neuwohnungen, um wenigstens auf diese Weise eine Verbilligung zu erzielen. Damit ist natürlich das Problem nicht gelöst, sondern nur umgangen. Eine gründliche Klärung der Frage, wer an der Verteuerung der Neuwohnungen, die naturgemäss auf die Miete der Altwohnungen zurückwirkt, schuld ist, muss endlich einmal unternommen werden.

In der Zeitschrift "Ziegel und Zement" (Nr. 33) wurde vor kurzem die kühne Behauptung aufgestellt, dass die Löhne an den Kosten eines Wohnungsbaues 40% betragen, und bei Hinzurechnung der Löhne für die Baustoffherstellung steige der Lohnkostenanteil am Gesamtbauwerk sogar auf auf 70 bis 80%. Das bedeutet, um ein Beispiel zu nehmen, etwa folgendes: bei einem Haus von 10 000 Mark würden die Baulohnkosten 4 000 Mark ausmachen; es blieben also 6 000 Mark Materialkosten. Wenn man auf 80% Lohnkosten beim Gesamtbauwerk kommen will, muss man von diesen 6000 Mark Materialkosten noch einmal 4000 Mark Lohnkosten herausrechnen. Das Rechenexempel würde also lauten: 4000 Mark plus 4000 Mark = 8000 Mark = 80% von 10 000 Mark Baukosten. Geradezu ungeheuerlich wirkt die Behauptung der Unternehmer, dass bei den Baustoffen der Lohnanteil rund 66 2/3% betrage. Um hier zur Klarheit zu kommen, muss man den angegebenen Prozentsatz einmal zu den wirklich gezahlten Löhnen in Vergleich setzen. Zunächst wollen wir einmal ausrechnen, ein wie hoher Lohn dem einzelnen Baustoffarbeiter zugeflossen sein muss, wenn die Angaben der Unternehmer stimmen. Wir wählen für die Rechnung der Ziegelindustrie, weil sie noch relativ die höchste Anzahl der Beschäftigten unter den baustofferzeugenden Industrien aufweist.

Wie stehts also in der Ziegelindustrie? Der durchschnittliche Ziegelsteinpreis betrug in den Jahren 1928/29 45 Mark pro Tausend. Nehmen wir eine Kampagne-Ziegelei mit einer durchschnittlichen Produktion von 2 Millionen Steinen pro Kampagnezeit von 5 - 6 Monaten, dann kommen wir auf einen Erlös an verkauften Ziegeln in Höhe von 90 000 Mark. Von dieser Summe wären also nach der Behauptung der Unternehmer 66 2/3% oder = 60 000 Mark Lohnkosten. Eine Kampagneziegelei mit einer Produktion von 2 Millionen wird im Durchschnitt 20 Mann für 5 - 6 Monate beschäftigen. Bei Lohnkosten von 60 000 Mark bedeutet das einen Verdienst pro Arbeitnehmer in Höhe von 3000 Mark! Das ergibt im Stundenlohn bei 6 monatiger und achtstündiger täglicher Arbeitszeit 2,50 Mark. Mit Recht werden die Ziegeleiarbeiter zu dieser Berechnung sagen, dass es solche

Ziegeleien doch nur ganz selten gibt. Wir haben aber dies Beispiel gewählt, um von vornherein den Vorwurf der Illoyalität zurückweisen zu können. Tatsächlich gibt es Ziegeleien, die 6 und noch mehr Millionen Steine pro Jahr produzieren, ohne dass die Beschäftigtenzahl im Verhältnis höher ist. Es gibt eine Ziegelei, die jährlich 40 Millionen Steine, darunter hochwertige Klinker, die bekanntlich viel mehr kosten als 45 Mark, bei durchschnittlich 40 Beschäftigten produziert! In diesem Fall würde unsere Rechnung so aussehen: 40 Millionen Steine a Tausend 45 Mark = 1 800 000 Mark. Davon gehen nach der Behauptung der Unternehmer 66 2/3% Lohnanteil, also 1 200 000 Mark ab. Das würde, in 40 Arbeitnehmer geteilt, pro Mann 30 000 Mark ergeben, d.h. bei jährlicher und täglich achtstündiger Arbeitszeit einen Stundenlohn von 12,50 Mark pro Arbeitnehmer!!

Wir möchten einmal das Geschrei der Unternehmer hören, wenn die Gewerkschaften solche Stundenlöhne fordern würden. Man sieht, wie gross die Differenzialrente der technisch gut ausgebauten Unternehmungen sein muss; denn schliesslich bestehen doch auch die kleinen und nicht so gut eingerichteten Werke. Gewiss ist zu beachten, dass bei der technischen Ausgestaltung der Werke die fixen Kosten steigen - auf der andern Seite gehen die Lohnkosten zurück - gewiss kann man nicht einen gewissen Prozentsatz von Lohnkosten auf alle Betriebe übertragen und daraus die Einkommen der Arbeiter berechnen. Eines aber sieht man doch aus unserem Beispiel: selbst dann, wenn in dem Durchschnittspreis von 45 Mark für Ziegelsteine die Frachtkosten enthalten sind, kommen wir immer noch zu Lohnsummen, die die wirklich gezahlten Löhne bedeutend übersteigen. Nehmen wir 5 Mark Fracht an, was sehr hoch gegriffen ist, so ergeben sich bei 40 Mark Steinpreis Lohnsummen, die den Ziegeleiarbeitern gestatten würden, sich nach einigen Jahren Arbeit zur Ruhe zu setzen.

Die wirklichen Verdienste der Ziegelarbeiter betragen pro Stundenlohn im Reichsdurchschnitt etwas über 70 Pfennig; dazu kommen noch etwa 25% Akkordverdienst, sodass sich der Stundenverdienst zwischen 90 Pfennig und 1.-Mark bewegen dürfte, wobei zu beachten ist, dass es Ueberverdienste über diese Ziffern, aber auch Unterverdienste gibt.

Das Gerede der Unternehmer, dass der Lohnanteil bei den Baukosten 66 2/3% betrage, kann, wie man sieht, unmöglich stimmen. Das wird auch von anderer Seite bestätigt. Die schon erwähnte Fachzeitschrift "Ziegel und Zement" veröffentlichte in ihrer Nr.36 des Jahrgangs 1930 eine Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts zur Ziegelmeisterfrage. In dem der Klage zugrundeliegenden Vertrag heisst es, dass der Ziegelmeister neben freier Wohnung 34% des Verkaufswertes der abgesetzten Ware erhält. Dafür hatte der Ziegelmeister die Betriebskosten, insbesondere die Löhne zu tragen. Auch die von den Gewerkschaften angestellten Lohnerhebungen kommen nicht über einen Prozentsatz von 30-35% des Verkaufspreises hinaus. Dabei ist zu bedenken, dass der Lohnanteil infolge der technischen und organisatorischen Umgestaltung der Ziegelindustrie eine dauernd sinkende Tendenz hat. In der Zement-und Kalkindustrie aber ist die Arbeiterzahl im Vergleich zu dem konstanten Kapital der Betriebe noch bedeutend kleiner und mithin auch der prozentuale Anteil der Löhne an den Gesamtkosten noch geringer.

Ergebnis: an den überhöhten Preisen in der Baustoffindustrie sind die Löhne nicht schuld.

---

SPD. Der Ruhrzechenverband hat, da die Löhne der Bergarbeiter zunächst unverändert blieben, die von ihm bereits ausgesprochene Kündigung der Gehälter der technischen und kaufmännischen Angestellten zurückgezogen. Die Gehaltsabkommen laufen also weiter.

+

Die Bergarbeiterverbände haben bekanntgegeben, dass sie das Arbeitszeitabkommen am 1. Oktober zu, 1. November kündigen werden.

---

## Versicherungsskandale und Versicherungsaufsicht.

SPD. Die Kette von Skandalen im Versicherungswesen, die mit dem Favag=krach (Frankfurter Allgemeine Lebensversicherungs A.=G.) begonnen hat und sich bis in die Gegenwart hinzieht, hat die Staatsbehörden etwas aufgerüttelt. Das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung, das durch den Favagskandal schwer kompromittiert wurde, entfaltet eine gewisse Aktivität und macht seinem Namen mehr Ehre als früher. Es hat in jüngster Zeit eine Verschärfung der Publizi=tätspflichten der Versicherungsgesellschaften angeordnet und schiesslich hat die Regierung den schon längst fälligen Gesetzentwurf zur Reform der Versiche=rungsaufsicht veröffentlicht. Aber wie unzulänglich dieser Entwurf ist, geht schon daraus hervor, dass er in seinem wesentlichsten Teil, der Revisionspflicht der Versicherungsgesellschaften, nur eine Vorwegnahme der Regelung darstellt, die nach dem Gesetzentwurf über die Aktienrechtsreform für sämtliche Aktienge=sellschaften gelten soll.

Der schwerste Mangel des neuen Gesetzentwurfs aber ist, dass er keine ge=nügende Erweiterung des Kreises der Versicherungsunternehmungen bringt, die der Aufsicht des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung unterstellt wer=den. Es wird zwar endlich die Kraftfahrzeugversicherung und Fahrradversiche=rung dem Reichsaufsichtsamt unterstellt, die Transportversicherung und die Rückversicherung soll aber nach wie vor unbeaufsichtigt bleiben. Dabei lehrt gerade die Geschichte der Versicherungsskandale der neueren Zeit, dass die Transportversicherung und die Rückversicherung in besonders hohem Masse einer scharfen Beaufsichtigung durch den Staat bedürfen. Es seien nur die wichtig=sten Vorfälle seit dem Zusammenbruch der Favag angeführt:

Die Vaterländische und Rhenania Vereinigte Versicherungs A.=G., die nach Verlusten von mehr als 4 Millionen Mark vom Nordstern=Konzern übernommen wur=de, betätigte sich hauptsächlich im Feuer= und Transportversicherungsgeschäft.

Der Konzern der Süddeutschen Rückversicherungs A.=G. in München erlitt einen vollständigen Zusammenbruch, bei dem alle wichtigen Konzerngesellschaf=ten in Konkurs gingen: die Süddeutsche Rückversicherungsgesellschaft selbst, die Brandenburger Allgemeine Versicherungs A.=G. und die Deutsche Seeversiche=rungs A.=G.

Mit welcher "Solidität" einzelne Versicherungsunternehmungen betrieben werden, geht daraus hervor, dass beim Konkurs der Seeversicherungsgesellschaft die Quote für die Gläubiger nicht mehr als etwa 2,4 % betragen dürfte. Auch bei dem Konkurs dieses Konzerns zeigte es sich, wie wichtig es gerade im Ver=sicherungswesen ist, dass die Aufsichtsbehörde und die Oeffentlichkeit über alle Verflechtungen von Unternehmungen genau unterrichtet werden. Bei den Versiche=rungsgesellschaften ist bekanntlich die Ausgabe von nicht voll eingezahlten Aktien üblich, wobei für den noch nicht eingezahlten Rest der Aktien eine Nach=zahlungsverpflichtung im Falle der Einforderung durch die Gesellschaft oder im Konkursfalle besteht. Dadurch aber, dass häufig ein grosser Teil der Aktien im Konzern selbst untergebracht ist, erweist sich die Nachzahlungsverpflichtung beim Konkurs eines ganzen Konzerns oft als illusorisch. Das zeigte sich beim Favagkrach und beim Konzern der Süddeutschen Rückversicherungsgesellschaft wiederholte sich dasselbe Schauspiel, dass die Aktiennachzahlung infolge des

Konkurses der Aktienbesitzer nicht geleistet werden konnte.

Die Ozean=Versicherungs A.-G. in Hamburg löste sich nach schweren Verlusten im Transportversicherungsgeschäft auf, wurde aber vom Allianzkonzern aufgefangen, der bereits ein Drittel des Kapitals besass.

Die Kölnische Rückversicherungsgesellschaft erlitt im abgelaufenen Geschäftsjahr Verluste, die auf eine Million Mark geschätzt wurden.

Die Continentale Versicherungs=Gesellschaft in Mannheim ging nach grossen Verlusten, die sie in der Transportversicherung und Transportrückversicherung erlitten hatte, in der Mannheimer Versicherungsgesellschaft auf. Ueber die Höhe der Verluste wurde bei der Fusionierung jede Auskunft verweigert.

Schwere Verluste hatte auch der Hovadkonzern zu verzeichnen, speziell die Hovadtransportversicherungs A.-G.

Die Assecuranz=Union von 1865 erlitt solche Verluste im Transport= und Rückversicherungstransportgeschäft, dass sie das Kapital von 9 Millionen (von denen 7 Millionen eingezahlt sind) auf 3 Millionen zusammenlegen muss. Zuvor schon musste sie die Geschäfte des zu ihrem Konzern gehörenden "Janus", der sich im Kleinlebensversicherungsgeschäft verlustreich betätigte, an den Nordsternkonzern abtreten.

Es soll gewiss nicht verkannt werden, dass auch die Versicherungsgesellschaften die Wirtschaftskrise in Form der Häufung der Schadensfälle zu verspüren bekommen. Bei den Transportversicherungsgesellschaften kommt hinzu, dass sie durch die Kältekatastrophe des Winters 1928/29 besonders schwer betroffen wurden. Aber die Häufung von Skandalen, Zusammenbrüchen und Verlusten zeigt deutlich, wie bitter notwendig eine viel straffere Kontrolle des Privatversicherungswesens durch den Staat tut als sie bisher erfolgt und als sie nach dem neuen Gesetzentwurf beabsichtigt ist. Vor allem aber beweist die oben aufgestellte Verlustliste, wie dringlich die Erweiterung der Aufsicht auf die Transportversicherung und auf die Rückversicherung, die beiden wichtigsten Herde der Kreditversicherung ist.

---

SPD. Im Rahmen der Erörterungen über die Agrarkrise hört man immer wieder die Klage, dass die deutsche Landwirtschaft zu viel Roggen und zu viel Kartoffeln produziert und dass zur Befriedigung des Weizenbedarfs riesige Mengen von ausländischem Weizen eingeführt werden müssen. Auch in diesem Jahr stehen wir vor einer Rekordkartoffelernte und auch die Roggenernte wird die Lage am Roggenmarkt sehr wahrscheinlich nicht wesentlich entspannen. Dazu kommt, dass der Konsum von Kartoffeln und Roggen nachgelassen hat, während sich der Konsum von Fleisch, Eiern, Gemüse usw. steigerte. Diese Wandlung hängt zuguterletzt mit dem durch den Rationalisierungsprozess gesteigerten Arbeitstempo und dem schnelleren Verbrauch von Arbeitsenergien zusammen. Woraus sich ergibt, dass man der Ueberproduktion an Roggen und Kartoffeln nicht durch eine auf Mehrverbrauch hinzielende Propaganda entgegenwirken kann. Es bleibt nur ein Mittel: die Einschränkung der Roggen= und Kartoffelanbaufläche. Nicht zuletzt durch Eingreifen der Sozialdemokratie ist man an diese Verwirklichung des Gedankens gegangen. Für die Roggen= und Kartoffelanbaufläche ergibt sich nach Mitteilung des Statistischen Reichsamts für das Jahr 1930 gegenüber dem Jahr 1929 und dem Jahr 1913 folgende Veränderung:

| | 1930 | 1929 | 1913 |
|---|---|---|---|
| | (Anbaufläche in 1 000 Hektar immer für das jetzige Reichsgebiet) | | |
| Winterroggen | 4637 | 4647 | 5223 |
| Sommerroggen | 72 | 79 | 106 |
| Winterweizen | 1617 | 1469 | 1491 |
| Sommerweizen | 163 | 130 | 214 |

| | | | |
|---|---|---|---|
| Frühkartoffeln | 235 | 235) | |
| Spätkartoffeln | 2567 | 2599) | 2842 |

Die Veränderungen betragen gegenüber

| | 1929 | 1913 |
|---|---|---|
| | (1930 mehr (+) bezw. weniger (-) | |
| Winterroggen | -0,2 | -11,2 |
| Sommerroggen | -7,8 | -31,5 |
| Winterweizen | +10 | +8,5 |
| Sommerweizen | +25,3 | -23,7 |
| Frühkartoffeln | +0,0) | |
| Spätkartoffeln | -1,2) | -1,3. |

Es ergibt sich aus der Zusammenstellung unleugbar die Tendenz, den Roggenanbau durch Weizenanbau mehr abzulösen. Das kommt für 1930 besonders in dem stärkeren Anbau von Sommerweizen und Winterweizen zum Ausdruck. Die Tendenz hat sich auch in der Herbstbestellung 1930 durchgesetzt.

Interessant ist auch die Zunahme von Wiesen und Weiden, die wohl auf die fortschreitende Grünlandbewegung zurückzuführen ist; zum Teil hat man in Ostpreussen unrentable Getreideböden in Grünland umgearbeitet. Das Experiment kann im grossen und ganzen als geglückt gelten und ermutigt zur Nachahmung.

---

## Ungeheuer grosses Angebot.

(Berliner Getreidebörse vom 13. Sept.)

SPD. Die Situation an der Berliner Produktenbörse hat sich in keiner Weise geändert. Das Angebot an Weizen und Roggen ist ungeheuer gross geblieben und die Stützungsstelle musste abermals gewaltige Mengen aufnehmen. Dabei konnte sie die Kurse am Markte der Zeitgeschäfte für Weizen nicht halten, zumal auch die Zahl an Abgebern unter Stützungspreisen im Wachsen begriffen ist. Nur die Roggenpreise wurden unter enormer Aufnahme der stützenden Firmen unverändert notiert. Im Handel mit effektiver Ware ist die Lage gleich. Umsätze in Roggen finden im freien Handel nicht mehr statt. Der Mehlmarkt verkehrte in sehr ruhiger Haltung. Für Weizenmehl wurden die Forderungen um 25 Pfennig herabgesetzt, ohne dass dadurch eine Belebung des Geschäftes eintrat. Roggenmehl hatte bei gleichfalls kleinem Absatz stetige Tendenz. Hafer hatte ruhige Tendenz bei unveränderten Preisen.

| | 12. Sept. | 13. Sept. |
|---|---|---|
| | (ab märkische Station in Mark) | |
| Weizen | 246 - 251 | 246 - 251 |
| Roggen | 187 | 187 |
| Braugerste | 204 - 222 | 204 - 222 |
| Futter- und Industriegerste | 180 - 186 | 180 - 196 |
| Hafer | 158 - 169 | 158 - 169 |
| Weizenmehl | 28,00 - 36,25 | 27,75 - 36,00 |
| Roggenmehl | 25,00 - 27,75 | 25,00 - 27,75 |
| Weizenkleie | 9,00 - 9,25 | 9,00 - 9,25 |
| Roggenkleie | 8,25 - 8,50 | 8,25 - 8,50. |

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 257 (Vortag 260), Oktober 257 (258), Dezember 265 (267), März 275 (277). Roggen September 193 (193), Oktober 194 (194), Dezember 204 (204), März 215 (215). Hafer September -(170), Oktober 168 (169¾), Dezember 177 (178), März - (188).

---